

8. Juli 1917

### Vor wichtigen Entscheidungen.

N Berlin, 7. Juli. (Priv.-Tel.) Von Krisis und Schicksalsstunde lieft man seit heute früh in Berliner Blättern. Der Gedanke des Koalitionsministeriums wird als der Bewältigung nahe hingestellt. Einige geben sich den Anschein, als ob die Stellung des Reichskanzlers stark gefährdet sei. Alldeutsche Artikel schließen mit der nicht ganz neuen Phrase: Gott schütze Deutschland. Und ein anderes Blatt schließt eine stark pathetische Betrachtung mit den Worten: „In die dumpf brütende Stimmung der Ungewißheit und der zehrenden Erwartung schallt eine Fanfare. Hindenburg und Ludendorff sind zum Vortrag beim Kaiser in Berlin eingetroffen. Das Ohr des Monarchen wird in der Stunde der schwersten Entscheidung offen sein für das Wort und den Rat derer, in denen allein sich das deutsche Volk Hoffnung und Glauben unerschüttert verortern.“ Das alles sind Reimen einer stark aufgeregten Stimmung, in die sich auch manche Tendenz und Sensationslust mischt. Aber wer wollte es leugnen, oder wem wäre es etwas Neues: Die Zeit ist ernst, und was sich in den letzten vier Tagen im Reichstag, d. h. in seinem Hauptauschuß, zugetragen hat und was die Parteiführer in ihren Verhandlungen mit dem Reichskanzler besprochen haben, das ist auch ernsthafte Arbeit um ernsthafte Dinge, als wir sie sonst, namentlich vor dem Kriege, von der deutschen Volksvertretung gewohnt waren. Eine Mehrheit des Reichstags und sicher die große Mehrheit des deutschen Volkes ringt nach starkem parlamentarischem Einfluß auf die Regierung. Das parlamentarische Regierungssystem wird mit steigendem Nachdruck verlangt, als ob es eine Formel sei und eines Tages in Gesetzesparagrafen eingeführt werden könne. Dieses System, wie man es auch nennen mag, wird kommen, es ist nicht aufzuhalten. Wer den Dingen näher steht und genau hinsieht, der sieht dieses sogenannte parlamentarische System schon auf dem Marsche. Man täusche sich doch nicht. Der Einfluß des Reichstags, dieses Reichstags der patriotischen Hingabe und des Siegeswillens von 1914, ist mit der Dauer des Krieges stetig gewachsen. Der Verkehr der Parteiführer mit dem verantwortlichen Staatsmann hat andere Formen und andere Bedeutung angenommen als früher. Der große Ausschuß, der für die Dauer des Krieges, mit besonderen Vollmachten ausgestattet, geschaffen worden ist, hat einen starken legitimen Einfluß auf die Entscheidungen der Reichsregierung. Das Entgegenkommen der höchsten Reichsinstanzen gegen Wünsche der Volksvertretung ist in vielen Beziehungen schon bemerkbar. Die Osterbotschaft, deren Ankündigung es zu verwirklichen gilt, ist ein starker Beweis der Rücksicht, die auf die Mehrheit der Volksvertretung von der Reichsregierung genommen wird.

Als der Reichstag eigentlich nur zu dem Zweck, den neuen Kriegskredit zu bewilligen, zusammentrat, lag, wir haben das wiederholt hervorgehoben, aus erklärlicher Stimmung beim Ende des dritten Kriegsjahres heraus der starke Ton auf den beiden großen Gebieten, um die sich jetzt unsere gesamte Politik dreht, nämlich darauf, in der Frage um Krieg und Frieden und in der Frage einer freien, schnellen Entwicklung unserer inneren Einrichtungen im Sinne der Osterbotschaft größere Klarheit zu schaffen wenn möglich Entscheidungen herbeizuführen und den Anschauungen der Mehrheit der Volksvertretung, wie sie sich um diese Einzelfragen zusammensind, die Geltung zu verschaffen, die nicht nur dem Wesen der Volksvertretung entspricht, sondern auch im wohlverstandenen Nutzen derer liegt, die in schwerster Stunde verantwortlich und nicht verantwortlich die Geschicke des Reiches leiten.

Es hat in den Unterredungen beim Reichskanzler von Anfang an eine ernste Stimmung geherrscht. Die Abgeordneten, die bei ihm erschienen, haben die militärisch-politische Lage, die vor vor allen Dingen auch der Tauchbootkrieg heißt, und auch die Frage der Neugestaltung im Innern, wir möchten sagen, realpolitischer angefaßt als bisher. So sachlich, wie man Dinge ansieht, in denen man wünscht, daß gehandelt werde und in denen man selbst zu handeln wünscht. Weil solche Unterhandlungen bei dem leitenden Staatsmann ihrer Natur nach vertraulich sind und über engere politische Kreise nicht hinauskommen und weil auch die Verhandlungen des großen Ausschusses in ihren wichtigsten Teilen für vertraulich erklärt werden, hat man von dem Geiste, in welchem diese Verhandlungen vor sich gegangen sind, und meist auch von ihren Gegenständen in der Öffentlichkeit wenig oder nichts erfahren. Es hat auch gestern im Hauptauschuß des Reichstags durch das Eingreifen eines Zentrumsabgeordneten, als den man jetzt offen Herrn Erzberger bezeichnet, die Verhandlung über Kriegführung und Frieden eine starke Zuspitzung erfahren. Es war denen, die darum wußten, aus Gründen der Discretion nicht möglich, anders als in leichten Andeutungen öffentlich mitzutauschen, daß dort ernste Dinge gesprochen worden sind, die sich, wie gesagt — und das ist ja noch immer etwas unklar ausgebrückt — um Krieg und Frieden drehten. Die Blätter werden heute deutlicher und lassen erkennen, daß Herr Erzberger, der an einzelnen Stellen der Kriegführung Kritik geübt und aus der Lage, wie er sie ansieht, ähnliche Folgerungen gezogen hat, wie sie klar die sozialdemokratische Partei erhoben hat, daß er einen baldigen Frieden ohne Annexionen und ohne Entschädigung verlangt, und daß er in Verbindung damit, wir irren wohl nicht, über die Notwendigkeit baldiger Durchführung der freiheitlichen Gestaltung im Innern gesprochen hat, an deren Spitze immer das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht für Preußen steht. Das Auftreten des Herrn Erzberger, das einer gewissen Schärfe gegen einzelne Mitglieder der Reichsregierung, wenn auch nicht gegen den Reichskanzler, nicht entbehrt hat, hat, wie es bei der Art dieses zugleich arbeitsamen und sehr impulsiven Herrn erklärlich ist, auch stark sensationell gewirkt, weil man plötzlich aus dem Munde eines Mannes vom Zentrum zusammengefaßt manches hörte, was bis dahin nur von anderer Seite vereinzelt, gelegentlich und nicht mit so starken Folgerungen erörtert worden war. Eine Anzahl Blätter, denen seit längerer Zeit alles, was geschieht, zu dem edlen Zweck dient, den gegenwärtigen Reichskanzler als den für alles verantwortlichen Sündenbock in die Wüste zu schicken, leihet sich heute das Kunststück, diese Vorstöße des Abgeordneten Erzberger und was sich gestern und heute im großen Ausschuß daraufhin abgespielt hat, als einen Anreiz auf den verantwortlichen Reichskanzler hinzustellen. So war es nicht, und so liegt es nicht, was schon deutlich daraus hervorgeht, daß die Hauptausführungen Erzbergers besondere Teile der Kriegführung und der militärischen Lage und die aus diesen zu ziehenden Folgerungen behandelte. Das trifft nicht den Kanzler, man müßte denn gerade annehmen, daß er wegen der einen Bemerkung in der Verfassung, die von seiner Verantwortlichkeit spricht, für alles verantwortlich sei, was sich zu Land und zu Wasser ereignet. Erzbergers Ausführungen, soweit sie Kritik und Angriffe waren, zielen in der Hauptsache nach anderen Seiten, auszusprechenweise auch gegen die alldeutschen Richtungen und zwar sehr scharf, und das lassen auch die Entgegnungen erkennen, die in der heutigen Ausschußsitzung gleichfalls in sehr scharfer Form gegen Erzbergers Auftreten erfolgt sind. Mit herbem Tadel belegen es die einen, als

eine Tat rühmen es die andern. Wer sich von Uebertreibungen frei zu halten sucht, wird sagen: es kann kein Schaden geschehen, wenn der impulsive Herr, von dem man noch nicht weiß, ob seine Partei hinter ihm steht oder vielleicht nur ein Teil, einige Fingerscheiben eingeschlagen und helles Licht und frische Luft eingelassen hat. Nebenbei bemerkt, es ist in den letzten Ausschußsitzungen wiederholt nicht nur von der äußersten Linken, sondern auch von der anderen Seite her hervorgehoben worden, und wir glauben, auch Herr Erzberger hat es gelegentlich getan, daß der Reichskanzler nicht für alles verantwortlich sei, was geschieht, und daß es zu wünschen und für das Reich nützlich sei, wenn er bei der Bearbeitung der Politik, die er verantwortlich zu führen hat, nichtverantwortlichen Einflüssen nicht ausgesetzt sei.

Das war nach der gestrigen Ausschußsitzung ganz selbstverständlich, daß der Reichskanzler heute im Ausschuß erscheinen mußte. Was da verhandelt worden ist, ist vertraulich. Ein Bericht darüber ist nicht ausgegeben worden. Nur soviel weiß man und wird in hiesigen Blättern mitgeteilt, daß gegen die gegen bestimmte Teile der Kriegführung gerichteten Ausführungen Erzbergers der Kriegsminister v. Stein, der Staatssekretär der Marine v. Capelle und der Staatssekretär Dr. Helfferich gesprochen haben, und daß Erzberger ihnen erwidert hat, daß dann der Zentrumsführer Spahn erklärt hat, seine Partei werde zu Erzbergers Ausführungen und Vorschlägen, die sich auf die Friedensfrage beziehen, und zwar auf die Friedensfrage in der schon oft gestellten Form — ob nämlich sofort die Bereitwilligkeit zu einer bestimmten Art von Frieden erklärt werden soll oder nicht — erst noch Stellung nehmen. Dann hat von den Fortschrittlichen Götthein gesprochen, von den Konfessionslosen der Abg. Graf Westarp, der das Tischstuch zwischen seiner Partei und Erzberger zerschneidet, weiter die Herren Scheidemann und Prinz Schönau-Carolath und dann der Reichskanzler.

Ob ein Bericht über die verhältnismäßig kurze Rede des Reichskanzlers erscheinen wird, steht nicht fest. Bei der Debatte in der Plenarsitzung wird man wohl in der Hauptsache davon erfahren, jedenfalls hat der Kanzler eine zwar ernste, doch nüchtern ruhige Auffassung vertreten und in der Friedensfrage nicht, wie ein hiesiges Blatt behauptet, nur alte Redewendungen wiederholt, sondern einen nicht mißverständlichen praktischen Standpunkt vertreten, dessen Geltendmachung und Durchführung ihm natürlich erleichtert werden würde, wenn eine Mehrheit des Reichstags sich darauf vereinigte. Der Ausschuß tritt Montag wieder zusammen, inzwischen aber werden die Verhandlungen fortgesetzt, die zwischen den Führern der Sozialdemokratie, der Fortschrittlichen Partei, der Nationalliberalen und des Zentrums schon seit mehreren Tagen schweben und die wohl darauf hinausgehen, sich über die Friedensfrage zu einigen. Sollte das im Sinne des Reichskanzlers geschehen, so wäre damit praktisch nicht Unwichtiges erreicht, denn so läßt sich auch jetzt in den schwersten politischen Dingen die aufgeregte Phantasie arbeiten, daran muß man wohl festhalten, daß, wie die Dinge in der Welt zur Zeit stehen, der Friede durch Verhandlungen zwischen den Regierungen der kämpfenden Staaten herbeigeführt werden muß, und daß dabei nicht, wie stürmischer Wille es verlangt, die eine Seite ihre Nation gleich offen auf den Tisch legt. Die Völker sind aber bei Verhandlungen über den Frieden nach solch ungeheuerlichen Koalitionskrieg nicht stumme und gleichgültige Objekte. Gewiß, in diese Gestaltung unserer Dinge soll kein Fremder hineinreden, aber der Einsicht, daß die Neugestaltung unserer inneren verfassungsmäßigen Verhältnisse von Einfluß auch auf die Möglichkeit des Friedensschlusses ist, können sich nur solche entziehen, die innere Reformen nicht wünschen. Der urfällige Zusammenhang zwischen der Krieg- und Friedensfrage und der Neugestaltung im Innern wird von der großen Mehrheit des Reichstages anerkannt, und die oben genannten Parteien, deren Führer miteinander verhandeln, drängen auf die sogenannte Neuorientierung der inneren Politik des Reiches und der Bundesstaaten und auf die Wahlreform in Preußen und auf einen größeren Einfluß des Reichstags nicht im Parteinteresse, sondern um des Reiches und des Vaterlandes willen. Es heißt, die Osterbotschaft eng und nicht ganz klar auslegen, wenn man annehmen wollte, daß diese Wünsche der Mehrheit des Reichstages vom Kanzler als ein gegen ihn gerichteter Vorstoß aufgefaßt würde. Das sind sie nicht und sollen sie nicht sein.

Die nächsten Tage werden zeigen, wie die Dinge sich weiter entwickeln. Ausgeschlossen ist es nicht, daß, wenn es bald zu einer Aenderung des Wahlrechts in Preußen kommen soll, Veränderungen im preussischen Ministerium vor sich gehen, aber alles, was man davon jetzt noch nennt, ist oberflächliche Kombination. Eine Lage, wie die gegenwärtige, schließt natürlich auch irgendwelche Ueberraschungen nicht aus, die von Faktoren kommen sollten, die außerhalb des parlamentarischen Lebens und der verantwortlichen Politik stehen. Solche Ueberraschungen zu erwarten, besteht aber augenblicklich unseres Erachtens kein Anlaß. In einzelnen Blättern wird davon gesprochen, daß die sechs Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktion, die gestern beim Reichskanzler waren, ihm die bekannten Forderungen als Ultimatum überreicht hätten. Weder der Inhalt dieser Forderungen noch das Auftreten dieser Herren rechtfertigt eine solche Bezeichnung. Das Schicksal des bestimmten Antrages, den der Abg. Erzberger mit bezug auf die Friedensfrage gestellt hat, läßt sich noch nicht beurteilen. Es wird davon abhängen, ob das ganze Zentrum sich hinter ihn stellt. Es wird sich in der Ausschußsitzung am Montag zeigen müssen, ob statt dieses Antrages sich die Mehrheit auf eine Formel zusammensindet, die den Anschauungen des Reichskanzlers entspricht.